

Die Entdeckung der Langsamkeit. Studentinnen kämpfen für die Gleichstellungspolitik an der Universität Tübingen

von Susanne Weitbrecht

Die Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen begann Mitte der 1980er Jahre. Sie wurde - wie schon die Zulassung von Frauen zum Studium – nicht von der Universität selbst betrieben, sondern von außen - d.h. durch Eingriff des Gesetzgebers – herbeigeführt.

Die Neue Frauenbewegung als Wegbereiterin

Im Zuge der Neuen Frauenbewegung und der von ihr initiierten öffentlichen Diskussion um die Notwendigkeit von Antidiskriminierungspolitik wurden die Hochschulen – neben dem Militär und der Polizei – als eine der Hochburgen des Patriarchats entlarvt. Die enorme Diskrepanz zwischen dem Frauenanteil bei den Studierenden und dem Frauenanteil bei den Professuren machte deutlich, dass das Gleichberechtigungsgebot der Bundes- und der Landesverfassungen ganz offensichtlich nicht ausreichte, um an den Hochschulen für Chancengleichheit für beide Geschlechter zu sorgen. 1980 standen in Deutschland 36,7% Studentinnen lediglich 5,3%¹ Professorinnen an Hochschulen gegenüber. Die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben und in der Wissenschaft war längst nicht nur statistisch sondern auch durch zahlreiche wissenschaftliche Studien belegt worden.² Jahrelange Debatten, Aktionen und politische Initiativen, Rechtsgutachten, Enquetekommissionen und Expertenbefragungen sowie verschiedenste Vorschläge für Antidiskriminierungsmaßnahmen auf politischer Ebene führten schließlich dazu, dass endlich der Gesetzgeber auf Bundesebene den Handlungsbedarf erkannte. Vor diesem Hintergrund wurde 1985 ein neuer § 2 Abs. 2 in das Hochschulrahmengesetz aufgenommen, in dem die Hochschulen erstmals gesetzlich verpflichtet wurden, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf die „Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen und Studentinnen bestehenden Nachteile“ hinzuwirken. Damit hatte der Gesetzgeber anerkannt, dass Benachteiligungen für Frauen an

¹ Statistisches Bundesamt – Hochschulstatistik

² Vgl. u.a.: Ulla Bock, Anne Braszeit, Christiane Schmerl (Hrsg.), Frauen an den Universitäten, Frankfurt/M. 1983; Bärbel Clemens, Sigrid Metz-Göckel, Ayla Neusel, Die Töchter der Alma Mater, Überblick zum Forschungsstand Frauen in Hochschule und Beruf, Frankfurt/M. 1986; Birgit Meyer, Als wäre es auch unser Ort – zur Situation von Frauen an der Hochschule. In: Anne Schlüter, Annette Kuhn (Hrsg.), Lila Schwarzbuch: Zur Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft. Düsseldorf 1986.

den Hochschulen existierten – eine Erkenntnis, die allerdings bis heute von einigen Hochschulen bzw. Teilen der Hochschulmitglieder noch abgestritten wird.

Die Universität reagiert auf den gesetzlichen Auftrag

Den Startschuss zum studentischen Engagement für die Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik an der Universität Tübingen gab angesichts der neuen Gesetzeslage der damalige Präsident der Universität, Dr. Adolf Theiss. Er schlug im Sommersemester 1986 dem Senat die Wahl einer Universitätsfrauenbeauftragten vor. Die studentischen Vertreterinnen und Vertreter im Senat wehrten sich jedoch gegen die Einsetzung einer ehrenamtlichen Alibi-Frauenbeauftragten ohne Kompetenzen und ohne Auftrag. Sie hatten damit Erfolg und setzten im Senat die Einsetzung einer gruppen-paritätisch besetzten Senatskommission durch, die den Auftrag bekam, den Entwurf für einen Frauenförderplan zu erarbeiten.

Die Studentinnen mussten sich nun entscheiden: Wollten sie weiterhin ausschließlich außerhalb der Institution politisch aktiv bleiben oder sich auch innerhalb der Institution für Veränderungen einsetzen? Was damals mit zwei Studentinnen (Edith Glaser und Irene Scherer) in der paritätisch besetzten Senatskommission zur Erarbeitung eines Entwurfs für einen Frauenförderplan begann, wuchs sich ab dem Jahr 1988 zu einer veritablen Studentinnen-Bewegung an der Universität Tübingen aus. Studentinnen aller Fakultäten wurden zum Motor der ersten Phase der Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik.

Im Juni 1987 legte die Senatskommission nach einjähriger intensiver Arbeit den Entwurf eines Frauenförderplans vor. Der Senat bat nun die Fakultäten um schriftliche Stellungnahmen zum Entwurf. Es dauerte bis Anfang Januar 1988 bis schließlich alle Fakultätsstimmungen - einschließlich zahlreicher studentischer Sondervoten zu diesen Stellungnahmen - vorlagen.

Als Anfang des Wintersemesters 1987/88 der Entwurf des Frauenförderplans den Fakultäten zur Stellungnahme vorlag, bildete sich ein interdisziplinärer Frauen-Arbeitskreis, in dem Studentinnen aller Fächer heftig über den Entwurf und die politischen Strategien zur Durchsetzung des Frauenförderplans stritten. Die beiden studentischen Vertreterinnen in der Senatskommission mussten das Papier nun gegen ihre Kommilitoninnen verteidigen. Trotz oder vielleicht gerade wegen der nun folgenden heftigen und kontroversen Auseinandersetzungen schafften es die Studentinnen am Ende aber, sich auf ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Strategie zu einigen. Sie mündete im Januar 1988 in eine

Studentische Vollversammlung, auf der weitergehende Forderungen der Studierenden zum vorliegenden Frauenförderplan beschlossen, der Senat aber zugleich aufgefordert wurde, zumindest das vorliegende Papier zu verabschieden und den Beschluss nicht länger hinauszuzögern.

Am 15. Juni 1988 wurde dann endlich – zwei Jahre nach dem Einrichten der ersten Senatskommission - der Frauenförderplan der Universität Tübingen vom Senat verabschiedet. Er trug den Titel: „*Grundsätze des Senats der Universität Tübingen zu Frauenförderung mit dem Ziel der Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteile*“. Damit war Tübingen die erste Universität in Baden-Württemberg, die einen solchen Plan besaß. Diese Vorreiterrolle in Baden-Württemberg in Sachen Gleichstellungspolitik sollte Tübingen noch einige Jahre behalten.

Statusgruppenübergreifende Kooperation als Erfolgsrezept

Dass die Studentinnen diesen Prozess konstruktiv vorantreiben konnten - auch gegen zahlreiche Blockaden durch professoral dominierte Gremien – lag auch maßgeblich an der Vorsitzenden der ersten Senatsfrauenkommission und späteren ersten Frauenbeauftragten der Universität Tübingen, Prof. Dr. Doris Knab. Sie schätzte die Arbeit der Studierenden und war von Anfang an bereit, sich mit diplomatischem Geschick „zwischen die Fronten“ zu stellen. Auf diese Weise konnten kontinuierlich kleine Erfolge erreicht werden. Im Januar 1989 wurde Frau Prof. Knab vom Senat zur ersten Frauenbeauftragten der Universität Tübingen gewählt. Anschließend wurde das Büro der Frauenbeauftragten eingerichtet, das seither für alle mit der Gleichstellung verbundenen Fragen offen steht und Zuarbeit für das Rektorat, die zentrale Frauenbeauftragte und die Fakultätsfrauenbeauftragten leistet. Frau Prof. Knab sorgte nicht nur in Tübingen dafür, dass die Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik auf ein solides Fundament gestellt wurde, sondern engagierte sich auch in den sich bildenden Verbänden der Hochschulfrauenbeauftragten auf Landes- und Bundesebene (Landes- und Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten). Auch die Studentinnen waren landes- und bundesweit vernetzt und beteiligten sich am Aufbau der Zusammenschlüsse der neu gewählten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Zusätzliche Dynamik bekam das politische Engagement der Studentinnen im Wintersemester 1988/89 von den von Berlin ausgehenden und sich über die ganze Bundesrepublik ausbreitenden Studierendenprotesten. Es wurde gestreikt, Institute wurden besetzt, Demonstrationen organisiert, Menschenketten zwischen den naturwissenschaftlichen Instituten der Morgenstelle und den geisteswissenschaftlichen Tal-Instituten gebildet, um die Solidarität

zwischen Natur- und Geisteswissenschaften zu demonstrieren. Zentrale Forderungen waren: mehr studentische Mitbestimmung in den Gremien, die Ablehnung universitärer Rüstungsforschung und die Modernisierung der Studieninhalte und Studienformen. Ein großer Teil dieser Proteste wurde von Frauen getragen. Sie wollten endlich mehr Professorinnen und Dozentinnen an der Universität sehen und kämpften für eine zügige Einsetzung der in den Senatsgrundsätzen zur Frauenförderung empfohlenen Frauenkommissionen und Frauenbeauftragten. Der Kampf um fakultätsspezifische Frauenförderpläne begann. Zum Teil galt es heftige Widerstände von Professoren in den Fakultätsgremien zu überwinden, die den Sinn der Frauenförderpläne grundsätzlich in Frage stellten. Es sollte letztendlich mehr als 10 Jahre dauern, bis auch die letzten Fakultäten sich dazu entschließen konnten, entsprechend der Empfehlung des Senats einen eigenen Frauenförderplan zu verabschieden.

Die Einrichtung der Gender Studies

Die Studentinnen kämpften nicht nur für die Institutionalisierung von Strukturen, die der Gleichstellung von Frauen und Männern in Studium und Wissenschaft dienen sollten, sondern gleichzeitig auch für eine Änderung der Studieninhalte und gegen den Androzentrismus³ in Forschung und Lehre. Seit Anfang der 1990er Jahre wurden zahlreiche Vorträge und Ringvorlesungsreihen zu Themen der Frauen- und Geschlechterforschung – heute Gender Studies genannt – organisiert. Die Mathematikerinnen und Naturwissenschaftlerinnen waren dabei ebenso vertreten wie die Neuphilologinnen und die Sozialwissenschaftlerinnen. Statusgruppenübergreifendes, langjähriges zähes Ringen war notwendig, um an der Universität Tübingen die erste Professur für Frauen- und Geschlechterforschung in Baden-Württemberg zu bekommen. Die Professur „Soziologie der Geschlechterverhältnisse“ wurde schließlich 1994 eingerichtet und Prof. Dr. Regine Gildemeister konnte für die Universität Tübingen gewonnen werden.

Dieser studentische Aufbruch Ende der 80er Jahre trug noch weit in die 90er Jahre hinein. Eine interdisziplinäre Gruppe von Studentinnen bildete für einige Monate den geschäftsführenden Ausschuss der Fachschaftsräte-Vollversammlung, der basisdemokratisch organisierten Vertretung der Fachschaften. Studentinnen setzten im AStA die Einrichtung eines Finanztopfes zur Förderung von Gender Studies durch. Sie sorgten 1993 gegen massivsten Widerstand dafür, dass die Finanzierung von Selbstverteidigungskursen für Studentinnen im Rahmen des Hochschulsports sichergestellt wurde. Allerdings entschied damals der Präsident auf Betreiben der Organisatoren des Hochschulsports, dass die Kurse nicht in das

³ Als Androzentrismus wird die - zumeist implizite - Orientierung an patriachalen Denkmustern in wissenschaftlicher Theoriebildung, Methodik und Interpretation von Daten bezeichnet.

normale Angebot aufgenommen werden mussten, da – so die Vertreter des Sports – Selbstverteidigung nicht den ethischen Regeln der sportlichen Fairness entsprechen würde. Der AStA, d.h. die Studentinnen mussten daher die Kurse in Eigenregie organisieren, bekamen die Mittel dafür aber zumindest aus dem Finanztopf des Hochschulsports.

Ebenfalls 1993 wurde die „Lilla Villa“ im Clubhaus eröffnet, ein Raum, in dem sich Frauengruppen treffen konnten und der einige Stunden täglich als Café für Frauen geöffnet war.⁴

Trendwende Mitte der 90er Jahre

Auch in den Frauenkommissionen der Fakultäten war der Studentinnenanteil zu Beginn der Institutionalisierungsphase sehr hoch. Ein großer Teil der Arbeit in diesen Kommissionen wurde lange Zeit von Studentinnen getragen. Dies hat sich erst Mitte der 90er Jahre langsam verändert. Die Studentinnen-Bewegung begann zu stagnieren. Woran das lag, darüber kann nur spekuliert werden. Einerseits sind viele Studentinnen – trotz der weiterhin beinahe unveränderten Statistik – der Ansicht, die Gleichstellungsziele seien erreicht oder „Feministinnen“ seien keine akzeptablen Vorbilder. Andererseits fällt es aber angesichts des zunehmenden Drucks durch Langzeitstudiengebühren und der Anforderung, das Studium immer schneller zu bewältigen, heute schwerer, einige Semester in die Hochschulpolitik zu investieren. Vielleicht aber finden politisch aktive Studentinnen ihre politische „Heimat“ heute - wie in den 70er und den 80er Jahren - wieder eher außerhalb der Universität. Aktuell wird die Hauptarbeit in den Frauenkommissionen an den Fakultäten von Frauen des akademischen Mittelbaus, Promovendinnen und Habilitandinnen sowie von Professorinnen geleistet.

Was war und was bleibt

Der Institutionalisierungsprozess der Gleichstellungspolitik ist in den letzten 10 Jahren stetig vorangetrieben worden. Ein regelmäßiges Controlling der Statistiken und verschiedene Maßnahmen und Förderprogramme wurden entwickelt. Das Büro der Frauenbeauftragten unterstützt die Arbeit in den Gremien und an den Fakultäten, beantwortet Anfragen und berät Studentinnen und Wissenschaftlerinnen in unterschiedlichsten Fragen. Die Frauenanteile auf den verschiedenen Ebenen der akademischen Laufbahn haben sich – langsam – erhöht. Der Studentinnenanteil liegt inzwischen an der Universität Tübingen bei deutlich über 50 Prozent.

⁴ Vgl. dazu die Tübinger Uni-Frauenzeitung Virulanda 1 (1989) - 3 (1992) und ihre Nachfolgerin Querulanda 4 (1993) - 6 (1995). Die Zeitschrift ist vollständig dokumentiert im Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte Baden-Württembergs BAF e.V. in Tübingen (www.baf-tuebingen.de).

Trotz dieser kleinen Erfolge ist die Universität aber nach wie vor noch weit von einer tatsächlichen Chancengleichheit für Männer und Frauen entfernt. Fest steht aber, dass die Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik an der Universität Tübingen maßgeblich von Studentinnen mitgestaltet, getragen und vorangetrieben wurde. Sie waren der „Motor“ der Bewegung. Im Zusammenwirken mit Prof. Dr. Doris Knab, der Vorsitzenden der ersten Senatsfrauenkommission und ersten Frauenbeauftragten der Universität Tübingen, konnte so nach und nach vieles erreicht werden. Ohne diese Akteurinnen wäre die Universität heute um viele Frauen ärmer.

Studentinnen - wie auch alle anderen Beteiligten – mussten in diesen Jahren aber auch feststellen, dass die „Entdeckung der Langsamkeit“ zu den Haupterfahrungen institutioneller Politik gehört.

Literatur:

Frauenförderung an der Universität Tübingen: 1989 - 1991; Bericht der Senatskommission für die Förderung von Wissenschaftlerinnen und Studentinnen. - revidierte Fassung. Tübingen 1992.

Virulanda: Macht und Ohnmacht - Frauenförderung an der Uni Tübingen, Tübinger Uni-Frauenzeitung. Tübingen 1 (1989).